



Die Woche im Bundestag • Die

*Die politische Lage in Deutschland*  
**Gemeinsam erfolgreich für Europa**  
**Solide Finanzen für mehr Wachstum**

Die Europäische Union ist für uns in Deutschland unverzichtbar geworden. Vieles können wir aus eigener Kraft schaffen. Die anstehenden Herausforderungen einer sich immer stärker verzahnenden Welt werden wir aber nur in einem geeinten und starken Europa bestehen können. Unser Wohlstand und unser Wohlergehen sind eng mit dem unserer europäischen Partner verknüpft. Europa und die EU sind aber weit mehr als Euro und Cent, auch mehr als nur Wettbewerbsfähigkeit und Vereinheitlichung von Standards. Europa ist ein Projekt der gemeinsamen Werte und des Friedens. Gerade die letzten Wochen haben uns dies beim Blick auf die Ukraine, aber auch bei unseren Beziehungen zu Afrika oder dem Nahen Osten gezeigt. Europa muss sich seiner Werte vergewissern und klar machen, dass diese nicht verhandelbar sind, schon gar nicht in Beitrittsverhandlungen. Wenn wir unsere Art zu leben, unseren Wohlstand und unsere sozialen Errungenschaften bewahren wollen, brauchen wir ein starkes und handlungsfähiges Europa. Die Bundesregierung wird sich in diesem Sinne weiterhin intensiv in die europäische Politik einbringen.

In diesem Sinne, hat die CDU auf dem Bundesparteitag in Berlin am letzten Wochenende ihr Programm für ein starkes Deutschland in einem starken Europa beschlossen. Das Programm enthält Ideen und Leitlinien für alle Politikbereiche und ist umfangreicher als bei früheren Europawahlen. Gemeinsam mit unserem CDU-Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten David McAllister treten wir an, damit CDU und CSU auch nach dem 25. Mai gemeinsam wieder eine starke deutsche Gruppe in der Fraktion der Europäischen Volkspartei stellen.

Ein weiteres wichtiges Thema war die in dieser Woche von der Bundesregierung beschlossene Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Wir liegen damit nicht nur zeitlich im Plan, sondern haben auch inhaltlich gute Aussicht auf eine vernünftige Reform. Die neuen Regeln im EEG bringen mehr Marktwirtschaft in die Ökostromförderung. Das heißt für die Verbraucher: Die Kostensprünge der letzten Jahre haben ein Ende. Entlastungen der Unternehmen von der EEG-Umlage werden künftig strenger gekoppelt an eine energieintensive Produktion und internationale Wettbewerbsfähigkeit. In den jüngsten öffentlichen Debatten dazu wird allzu oft der Eindruck erweckt, die Ausnahmen für einzelne Unternehmen von der Umlage seien Geschenke an die Industrie zulasten der Bürger. Das ist eine fahrlässige Verkürzung der Tatsachen. Wahr ist, dass die Kosten dieser Entlastung vom Verbraucher zu tragen sind. Wahr ist aber auch, dass ohne diese Entlastungen energieintensive Unternehmen in Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig produzieren könnten. Hunderttausende von Arbeitsplätzen stehen auf dem Spiel. Nicht zuletzt in der metallverarbeitenden oder in der chemischen Industrie mit Standorten auch bei uns in Niedersachsen. Da ist es wenig hilfreich, „die Industrie“ und „die Bürger“ gegen einander ausspielen zu wollen. Wir sind in Deutschland zu Recht stolz auf unseren Industriestandort, der im Gegensatz zu vielen anderen europäischen und internationalen Partnern noch intakt ist. Das ist der Grundpfeiler unseres wirtschaftlichen Erfolges. Diesen Erfolg nicht zu gefährden ist im ur-eigensten Interesse aller Bürger und Verbraucher!

Die Reform des EEG macht die Energiewende im Stromsektor berechenbarer, ohne sie abzuwürgen. Um den jährlichen Zuwachs an Anlagen zu begrenzen, soll es für den Ausbau der Windenergie und bei der Biomasse künftig Mengengrenzen geben. Eine solche Begrenzung gibt es bereits seit 2012 bei der Fotovoltaik und hat sich dort bewährt. Der langsamere Zuwachs von Anlagen dämpft die Kosten und sorgt dafür, dass die Zunahme des Ökostroms und der Trassenbau miteinander Schritt halten können. Neue Anlagen sollen künftig – nach Größe gestuft – ihren Strom selbst vermarkten und dadurch auf die reguläre EEG-Vergütung verzichten. Spätestens ab 2017 soll die Bundesnetzagentur Strommengen ausschreiben und somit kostengünstige Anbieter finden. Niedersachsen als größter und wichtigster Windenergiestandort in Deutschland wird von dieser Reform stark profitieren. Damit dies sichergestellt bleibt, werden wir das Gesetzesvorhaben in den anstehenden parlamentarischen Beratungen konstruktiv begleiten.

Es ist ein weiterer Erfolg der Union, dass auch in der neuen Koalition der Kurs der Haushaltskonsolidierung mit Ausgabenbeschränkung und behutsamer Nutzung erarbeiteter Spielräume beibehalten wird. Das hat diese Sitzungswoche bewiesen, die ganz im Zeichen des ersten Haushaltsentwurfs der neuen Koalition stand. Wir haben in der viertägigen Haushaltsdebatte wieder viele Zahlen gehört und Details diskutiert. Darüber sollten wir aber die wichtigste Botschaft der Woche nicht aus den Augen verlieren: Wir schaffen die Abkehr von der Politik der Schuldenfinanzierung, wie sie in den letzten vier Jahrzehnten betrieben wurde. Nach dem strukturellen Haushaltsausgleich in diesem Jahr wollen wir ab 2015 sogar ganz ohne neue Schulden auskommen. Das gab es zuletzt 1969. Am Ende des Jahres dürfte also die langersehnte „schwarze Null“ stehen. Die heißt nicht nur so, weil ein kleiner Überschuss möglich ist. „Schwarz“ ist dieser Erfolg auch deshalb, weil er ohne die Regierungsbeteiligung der Union nicht denkbar gewesen wäre. Wir sind es, die in der dritten Wahlperiode in Folge unbeirrt den Kurs einer wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik durchgesetzt haben.

Die Ausgaben des Bundes sollen in diesem Jahr 298,5 Mrd. Euro betragen. Gegenüber dem Vorjahr sinken sie also um 11,5 Mrd. Euro bzw. 3,7 Prozent. Die „prioritären Maßnahmen“ des Koalitionsvertrages, mit deren Umsetzung im laufenden Haushaltsjahr begonnen werden soll, sind dabei bereits berücksichtigt, blähen den Haushalt also nicht auf. Und wir investieren. Durch Umschichtungen können wir die Städtebauförderung bei einem Programmvolumen für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur von rund 500 Mio. Euro aufbringen sowie eine erste Tranche von 200 Mio. Euro für die vereinbarte zusätzliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Aid, ODA) auflegen. Die Nettoneuverschuldung sinkt um 15,6 auf 6,5 Mrd. Euro. Dies ist der niedrigste Stand seit 40 Jahren. In dieser Summe ist noch die letzte Rate der Kapitaleinzahlung an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe von 4,3 Mrd. Euro enthalten. Wir arbeiten in den nun anstehenden parlamentarischen Beratungen darauf hin, die verbleibende Nettokreditaufnahme wo immer das möglich ist noch weiter abzusenken.

# Die Woche im Parlament

In dieser Woche standen die **Beratungen für den Bundeshaushalt 2014** im Mittelpunkt. Hierzu haben wir über die Einzelhaushalte der jeweiligen Bundesministerien debattiert. Dabei handelt es sich u.a. um die folgenden Ressorts:

**Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.** Für diesen Einzelplan sind insgesamt 3,65 Mrd. Euro veranschlagt. Wegen umfassender und komplexer Neustrukturierungen ist der Vorjahresvergleich nicht aussagekräftig. Ein Eckpfeiler ist die Erhöhung des Förderprogramms „Soziale Stadt“ als „prioritäre Maßnahme“ gemäß Koalitionsvertrag. Zu den vielzähligen Neuerungen zählt das zu errichtende Bundesamt für kerntechnische Entsorgung.

**Bildung und Forschung.** Seit Regierungsübernahme durch unsere Bundeskanzlerin gibt es in diesem zentralen Zukunftsressort zum neunten Mal in Folge einen Anstieg der Ausgaben. Insgesamt sind die Ausgaben seit 2005 um knapp 14 Mrd. Euro bzw. 84,3% gestiegen – ein unübersehbarer Beleg für unsere Schwerpunktsetzung. Mit allein 1,8 Mrd. Euro für den Hochschulpakt unterstützen wir die Länder bei der Schaffung zusätzlicher Studienplätze. Für die Verbesserung von Studienbedingungen und Qualität der Lehre werden wieder 200 Mio. Euro investiert. Steigende Mittel für BAföG, Begabtenförderung und Deutschlandstipendium erleichtern die Finanzierung des Studiums. Das Bildungswesen zur Unterstützung benachteiligter Kinder und Jugendlicher wird ebenso gestärkt wie die großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen und die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

**Gesundheit.** Die Ausgaben von gut 11 Mrd. Euro fallen um 0,9 Mrd. Euro bzw. 7,8% geringer aus als 2013. Der Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben beläuft sich auf 10,5 Mrd. Euro. Seine Absenkung kann durch eine entsprechende Entnahme von Finanzmitteln aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds vollständig ausgeglichen werden.

**Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.** Für 2014 stehen zusätzlich 200 Mio. Euro für die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung, wovon 160 Mio. Euro auf den Einzelplan des Ministeriums (BMZ) entfallen. Die BMZ-Ausgaben steigen damit auf über 6,4 Mrd. Euro. Gemäß Koalitionsvertrag stehen in dieser Legislaturperiode insgesamt 2 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung, um Deutschland weiter auf einem Finanzierungspfad zum „0,7-Prozent-Ziel“ (ODA-Quote) zu führen.

**Bundeskanzleramt.** Der Etat der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes vermindert sich gegenüber dem Vorjahr um 2,7% auf 1,99 Mio. Euro – ein Zeichen der Sparsamkeit, das nicht verschwiegen werden sollte.

**Auswärtiges Amt.** Mit 3,63 Mrd. Euro liegt der Entwurf 2014 auf dem Niveau der Ausgaben des vergangenen Jahres, die durch Mittel für Syrien höher ausgefallen sind als geplant. Der Aufwuchs fließt vor allem in die humanitäre Hilfe sowie die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. 15 Mio. Euro sollen zusätzlich für die Sicherheit der deutschen Auslandsvertretungen eingesetzt werden.

**Verteidigung.** Die Ausgaben sind auf 32,8 Mrd. Euro veranschlagt und fallen damit um 1,3% niedriger aus als 2013. Mit der Neuausrichtung der Bundeswehr ist ein weiterer Personalabbau eingeleitet. Die militärischen Beschaffungen vermindern sich um 512,7 Mio. Euro bzw. 10%.

**Wirtschaft und Energie.** Der Etat beträgt 7,4 Mrd. Euro und geht auf umfassende Zuständigkeitsübertragungen vor allem im Bereich der Energiewende zurück. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Die Ausgaben für die Fachkräftesicherung und die Initiative zur Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland werden stabilisiert. Die Mittel für Innovationsbeihilfen zugunsten der deutschen Werftindustrie werden aufgestockt. Auf hohem Niveau fortgeführt werden die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowohl im Bereich des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM) als auch zugunsten der Förderung der deutschen Spitzenforschung in Luft- und Raumfahrt und im Bereich der Verkehrs- und Sicherheitstechnologien.

**Arbeit und Soziales.** Der größte Einzelplan wächst um 3,1 auf 122,3 Mrd. Euro an. Die passiven Leistungen beim Arbeitslosengeld II und bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung steigen gegenüber dem ersten Re-

gierungsentwurf um 1,15 auf 23,4 Mrd. Euro. Bei der Bundesagentur für Arbeit ergibt sich nach dem Haushaltsplan ein geringfügiger Überschuss. Für Projekte wie die Mütterrente reicht der aus Steuermitteln finanzierte Bundeszuschuss aus.

**Ernährung und Landwirtschaft.** Es sind Ausgaben von 5,3 Mrd. Euro vorgesehen. Schwerpunkt bilden Zuschüsse über 3,6 Mrd. Euro für das eigenständige agrar-soziale Sicherungssystem zur Flankierung des Strukturwandels. Für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) stehen Bundesmittel in Höhe von 600 Mio. Euro zur Verfügung. Mit 510 Mio. Euro behält der Bereich Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation seinen hohen Stellenwert.

**Familie, Senioren, Frauen und Jugend.** Die Ausgaben wachsen gegenüber 2013 um 1,077 auf 7,959 Mrd. Euro auf. Ursache ist vor allem die Anpassung des Elterngelds an den gestiegenen Bedarf, ausgelöst durch steigende Einkommen und erhöhte Inanspruchnahme durch Väter. Überdies steht beim Unterhaltsvorschussgesetz eine Bedarfsanpassung an. Die 2013 überplanmäßig bewilligten Zuweisungen an die Conterganstiftung für behinderte Menschen werden verstetigt.

**Inneres.** Die Ausgaben von 5,77 Mrd. Euro liegen 1,4% unter dem Vorjahreswert. Mit 3,8 Mrd. Euro entfällt der größte Anteil auf die Innere Sicherheit. Als Reaktion auf die stetig wachsenden Bedrohungen im IT-Bereich werden zusätzliche Mittel zur Verbesserung der IT-Sicherheit insbesondere von Bundes sicherheitsbehörden aufgewendet. Zur Beschleunigung der Asylverfahren auf drei Monate werden 300 neue Stellen ausgebracht.

**Verkehr und digitale Infrastruktur.** Die Gesamtausgaben des größten Investitionshaushalts des Bundes betragen 22,78 Mrd. Euro. Von den bis 2017 zur Stärkung der Verkehrsinvestitionen zur Verfügung gestellten zusätzlichen 5 Mrd. Euro dienen 1,5 Mrd. Euro der Ausfinanzierung begonnener Vorhaben. Die Investitionen dieses Jahres steigen so auf 12,55 Mrd. Euro.

**Schlussrunde.** Am Ende der Woche mit den Aussprachen zu allen Einzelplänen und der Debatte zu allen Schwerpunkten des Regierungsentwurfs für den Haushalt 2014 wurde der Gesetzentwurf an die Ausschüsse überwiesen, wo die Detailarbeit beginnt. Die endgültige Entscheidung über den diesjährigen Haushalt trifft der Bundestag dann im Juni.

## Daten und Fakten

**Landwirtschaftliche Betriebe werden größer.** Die durchschnittliche Größe landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland hat sich zwischen 2010 und 2013 von 56 auf 59 Hektar Nutzfläche erhöht. Eine Tendenz hin zu größeren Betrieben lässt sich auch in anderen Staaten der EU beobachten. In der Tschechischen Republik etwa hat die durchschnittliche Betriebsgröße von 84 Hektar im Jahr 2005 auf 152 Hektar im Jahr 2010 zugenommen. Die jüngsten europaweit vergleichbaren Zahlen von 2010 zeigen, dass auch Großbritannien mit 90 Hektar und die Slowakei mit 77 Hektar jeweils über große landwirtschaftliche Betriebe verfügen. Deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 14 Hektar liegen Malta (1 Hektar), Rumänien (3 Hektar) und Italien (8 Hektar).

(Quellen: Statistisches Bundesamt; eurostat)

**Wir wünschen Ihnen, Ihren Familien und Freunden ein schönes und gesegnetes Osterfest!**

**CDU/CSU** Fraktion im Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

**Vorsitzender:**

Enak Ferlemann MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: [stefan.krueppel@cducsu.de](mailto:stefan.krueppel@cducsu.de)

Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)

